

Übersetzung

Gemeinsames Interview des deutschen und französischen Botschafters in Prag, Christoph Israng und Roland Galharague aus Anlass der Unterzeichnung des Vertrags von Aachen, 22.01.2019, Hospodářské noviny

Wir hatten nicht erwartet, dass die Flüchtlingsquoten Europa so spalten würden. Im Unterschied zu anderen haben sich die Tschechen aber nicht über die Legalität beschwert, sagen die Botschafter von DEU und FRA



Die Flüchtlingsquoten haben uns unnötig gespalten, sagen Christoph Israng (rechts) und Roland Galharague. Es ist offensichtlich, dass DEU und FRA anders vorgehen wollen.

DEU und FRA, die traditionellen Feinde, sind nach dem 2. WK beste Freunde geworden. Ausdruck der Versöhnung war der Elyseer Vertrag von 1963. Heute, genau 56 Jahre später, unterzeichnen DEU und FRA in Aachen einen neuen Vertrag. Sie wollen ihre Zusammenarbeit noch weiter vertiefen, vor allem im Rahmen der EU. Über die Zukunft der EU und die Beziehungen zu CZE sprechen mit {der Tageszeitung} Hospodářské noviny der deutsche und der französische Botschafter in Prag, Christoph Israng und Roland Galharague.

HN: Wollen DEU und FRA, dass sich alle EU-Länder an einer weiteren Integration Europas beteiligen? Oder wird es immer häufiger vorkommen, dass einige Länder schneller voranschreiten?

CHI: Wichtig ist, dass wir Europäer zusammenhalten. Die Welt wird nicht warten, bis wir uns geeinigt haben. Daher müssen wir unsere Kräfte vereinen. Wenn wir es alle gemeinsam schaffen, umso besser. Wenn aber eine Gruppe von Ländern noch weiter gehen möchte, dann können wir sie nicht bremsen.

RG: Es gibt sowohl von innen als auch von außen Versuche die EU zu spalten. Einheit ist nicht dasselbe wie Stillstand. Staaten, die ihre Integration schneller voranbringen wollen, müssen das Recht dazu haben, ohne dass sie die anderen blockiert können. Und diese schnellere Integration muss allen EU-MS, die in Zukunft dazu stoßen wollen, offen stehen. Etwas Derartiges gibt es ja schon jetzt – den

Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit gemäß Art. 20 des Vertrags von Lissabon. CZE beteiligt sich an einigen solchen Projekten, z. B. der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung.

CHI: Es wäre doch sehr schade, wenn es den Schengen-Raum nur aus dem Grund nicht gäbe, dass ihm einige Länder nicht beitreten wollen. Gerade für unsere drei Staaten, also DEU, FRA und CZE, ist Schengen von immenssem Vorteil.

HN: Was bedeutet das aber für die Zukunft? Einige behaupten, dass das Gewicht der Nicht-Euro-Länder nach dem Brexit deutlich sinkt und dass der Euroraum zum wirklichen Kern der EU wird. Sollte es dazu kommen, müssten sich Länder wie CZE einen erheblichen Einflussverlust in der EU hinnehmen?

RG: Es stimmt, dass, rein arithmetisch gesehen, die Euro-Länder nach dem Brexit über eine klare Mehrheit verfügen. FRA und DEU stimmen überein, dass sich die Eurozone weiter integrieren sollte mit dem Ziel, die Wirtschaftspolitik ihrer Mitglieder zu harmonisieren. In Details gehen die Ambitionen der einzelnen Länder aber stark auseinander. Ich glaube nicht, dass die Staaten, die den Euro noch nicht haben, Angst vor Verlust an Einfluss haben sollten. Sie haben eine eigene Währungspolitik, sind auf der anderen Seite aber Risiken ausgesetzt, von denen die Euro-Staaten nicht betroffen sind. Wir werden uns freuen, wenn CZE dem Euro beitrifft, aber die Entscheidung liegt an Ihnen.

CHI: Im Euroraum gibt es eine ganze Reihe von Meinungen zu der Wirtschafts-, Finanz- oder Sozialpolitik. Manchmal herrscht zwischen DEU und CZE mehr Übereinstimmung als zwischen unterschiedlichen Staaten der Eurozone. Wir würden uns natürlich freuen, wenn auch weitere Länder den Euro einführen würden.

HN: Hat die EU ausreichend Lehren daraus gezogen, dass sich ein Land entschieden hat, aus der EU auszutreten?

CHI: Ja. Wir stärken die Sicherheit in der EU sowie den Verbraucherschutz, machen internationale Anrufe billiger usw. An all diesen Beispielen kann man zeigen, dass die EU allen Bürgern Vorteile bringt.

RG: Es ist klar, dass die EU die Meinung der Bürger in Betracht ziehen muss – deshalb gab es die Bürgerdialoge, deren Ergebnisse beim Gipfeltreffen in Sibiu eingehen werden. Die EU hört zu, was die Menschen denken, siehe die zweierlei Qualität von Lebensmitteln. Dagegen haben sich die Verbraucher aufgelehnt, einige Regierungen einschließlich der tschechischen haben sich des Themas angenommen und die EU arbeitet schon daran. Und noch etwas – man kann sich nicht beschweren, dass die EU den Menschen nicht zuhört, und dann bei den Europawahlen nicht wählen gehen.

CHI: Wenn man sich die Zahlen anschaut, sieht man, dass die EU bereits erste Erfolge erntet. Das Vertrauen gegenüber der EU ist seit dem Brexit-Referendum gestiegen. Die Regierungen aller Länder müssen jedoch mehr machen.

HN: Die deutschen Reaktionen auf die Vorschläge des französischen Präsidenten Macron zur weiteren Integration der EU und der Eurozone waren ziemlich zurückhaltend. Gemeinsam mit einigen weiteren Ländern hat DEU diese Vorschläge erheblich geschwächt. Ist FRA nicht enttäuscht?

RG: Überhaupt nicht. Unsere Zusammenarbeit funktioniert. Zwei Beispiele: Das erste ist die letztjährige gemeinsame Erklärung aus Meseberg, die beim letzten ER auch von den anderen Spitzenpolitikern der EU-MS unterstützt wurde. BKin Merkel erklärte später, dass die EU einem großen Teil der Vorschläge von Emmanuel Macron zugestimmt habe. Ein zweites Beispiel ist der neue Vertrag, den FRA und DEU heute schließen. Manchmal wünschten wir uns, dass der Fortschritt schneller wäre. Aber wir verstehen, dass in DEU, und schließlich jetzt auch in FRA politische Faktoren bestehen, die es langsamer machen.

HN: Auch wenn der französische Botschafter nicht enttäuscht ist, wollte Präsident Macron noch weiter gehen, zum Beispiel hat er einen großen gemeinsamen Haushalt für die Eurozone vorgeschlagen. Macron hat zwar in FRA einige bedeutende Reformen durchgeführt, aber auf der europäischen Ebene hat er nicht ganz genau das erreicht, was er wollte. Riskiert DEU etwa nicht, dass wenn es FRA nicht ausreichend entgegenkommt, dort die Wahlen jemand mit antieuropäischen Positionen gewinnt?

CHI: Die EU-Länder haben einem großen Teil der Vorschläge von Präsident Macron zugestimmt. Ich möchte die Bedeutung davon, was die EU auf der Grundlage der französischen Initiative beschlossen hat, auf keinen Fall kleinreden.

RG: Ihre Frage gefällt mir nicht, weil sie den Eindruck erweckt, als ob es die Deutschen wären, die die Verantwortung für ein etwaiges schlechtes Wahlergebnis in FRA hätten. Diese Verantwortung haben aber einzig und allein die Franzosen.

HN: Wenn sich FRA und DEU nicht einigen können, wird es von vielen kritisiert. Und wenn sie sich einigen, geraten sie auch sehr oft in Kritik. Wie würden Sie mit dem Vorwurf umgehen, dass Ihre Länder – wenn sie sich schon einmal einigen – den anderen das Ergebnis einfach aufzwingen? In CZE können wir diese Wahrnehmung an dem Beispiel sehen, dass CZE in 2015 in der Frage der obligatorischen Flüchtlingsquoten überstimmt wurde.

CHI: Einerseits gibt es hier die Erwartung, dass DEU und FRA die EU gemeinsam führen sollten, andererseits fürchten einige eine mögliche Dominanz. Wir müssen beide Pole berücksichtigen. Und natürlich gilt: Die Meinungen aller Mitgliedstaaten müssen berücksichtigt werden.

RG: DEU und FRA diktieren niemandem etwas. Das ist auch gar nicht möglich, sie haben keine Mehrheit in der EU. Wenn sie sich aber einigen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass eine solche Vereinbarung auch anderen Ländern gefällt – weil DEU und FRA nämlich oft am Beginn der Debatte unterschiedlicher Meinung sind und einen Kompromiss finden müssen. Schon das glättet die Kanten. Es stimmt aber, dass wir manchmal kritisiert werden, egal ob wir uns einigen oder nicht. Aber so ist das Leben.

HN: War es ein Fehler, CZE und einige weitere Länder in der Frage der Quoten zu überstimmen, hat dies die Beziehungen in der EU beschädigt?

RG: Zunächst ist zu sagen, dass die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit ein ganz legitimes Instrument ist. Seine Legalität wurde auch vom EUGH bestätigt, nachdem sich HUN und SVK an ihn gewandt hatten – CZE nicht. Wenn es einen Fehler gab, dann in der Weise, dass damals keine anderen Instrumente zur Verfügung standen, um das Solidaritätsprinzip flexibel anzuwenden. Dieses Prinzip ist auch heute äußerst wichtig.

CHI: Damals hat niemand vorhergesehen, was für eine starke Spaltung es in der EU verursachen würde. Daraus haben wir eine Lehre gezogen. Wir wollen zusammenarbeiten, nicht spalten. Ein Streit zu einem Thema sollte uns nicht in anderen Bereichen spalten, wie es leider der Fall war.

HN: Die Tschechen stehen der EU nach Meinungsumfragen deutlich skeptischer gegenüber als andere Europäer. Können Sie sagen, warum es so ist?

CHI: In allen Mitgliedstaaten herrscht eine gewisse Skepsis. Wir alle sollten uns noch mehr bemühen, den Menschen den Sinn der EU zu erklären und die Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu betonen.

RG: Es hängt auch von den Fragen ab, die Sie den Leuten stellen. Wenn sie gefragt werden, ob sie die EU mögen, zeigen die Tschechen keine große Begeisterung. Wenn Sie sie aber fragen, ob Schengen aufgehoben werden soll, sagt die überwiegende Mehrheit nein. Die EU-Mitgliedschaft hat

CZE geholfen, ebenso wie FRA und DEU. Wir müssen aber bestimmt noch mehr erklären, wie die EU funktioniert.

PM Babiš hat uns Botschaftern eindeutig gesagt, dass der Wahlkampf vor den Europawahlen eine Gelegenheit ist, den Menschen die Vorteile der EU zu erklären.

HN: Babiš hat aber auch gesagt, dass das Hauptthema der Wahlkampagne aus seiner Sicht die Migration sein wird. Ist dies angebracht, wenn die Anzahl der Asylbewerber auf das Niveau vor der Migrationskrise gesunken ist?

RG: Es hängt auch davon ab, wie Sie das Thema aufgreifen. Bei der Migration ist es klar, dass sie von keinem Land allein bewältigt werden kann. Es ist klar, dass nur die Zusammenarbeit aller EU-Staaten die Lösung sein kann. Damit sagen Sie ja eigentlich schon, dass das Bestehen der EU von Vorteil ist.

HN: Sie beide verfolgen, wie die Tschechen über die EU diskutieren. Basiert diese Diskussion auf Fakten, oder eher auf Mythen?

CHI: Wir stehen jeden Tag in Kontakt mit Politikern oder Beamten und aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass sie sehr gut informiert sind. Sie haben auch eigene Ideen, was mit der EU passieren sollte. Es ist nicht so, dass sie nur zu allem Nein sagen. Ein Beispiel ist das Reverse-Charge-Verfahren, d. h. die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft bei der Umsatzsteuer. Das ist ein Thema, bei dem CZE mit Premierminister Babiš an der Spitze seine Meinung formuliert und durchgesetzt hat.

HN: Und die Diskussionen in den Medien und im öffentlichen Raum allgemein? Wundert es Sie manchmal nicht, wie negativ das Bild der EU hierzulande ist?

RG: Die Debatte in CZE unterscheidet sich nicht wesentlich von der in unseren Ländern. In CZE gibt es Menschen, die schrecklichen Unsinn über die EU erzählen. Solche gibt es aber auch in FRA oder DEU. In CZE hören wir manchmal die schlimmste Propaganda über die EU, aber bei uns ist es auch so.

HN: Für die tschechische Außen- und EU-Politik ist die Regierung verantwortlich, aber der Staatspräsident präsentiert oft seine eigenen Meinungen, die manchmal den Regierungspositionen widersprechen. Ist es schwierig, dies Ihren Vorgesetzten in Berlin und Paris zu erklären?

CHI: Wie Sie in CZE Ihre Außen- und EU-Politik formulieren, ist rein Ihre Sache. Der Präsident hat in dem Sinne eine verantwortungsvolle Rolle, dass er die öffentliche Diskussion mit seinen Ansichten stark beeinflussen kann.

RG: Regierung und Präsident betonen teilweise andere Angelegenheiten. Aber auch das ist kein rein tschechisches Phänomen. Wir in FRA haben langjährige Erfahrungen mit der Cohabitation von PM und StP aus verschiedenen Parteien. Was aber wirklich wichtig ist, ist die Art und Weise, in der CZE beim ER auftritt, d. h. bei den Gipfeltreffen der Spitzenpolitiker der EU-Staaten, wo es vom PM vertreten wird. Außerdem ist es Tatsache, dass sich tschechische Verfassungsträger wiederholt getroffen und auf grundlegende Prinzipien der tschechischen Standpunkte geeinigt haben.

HN: Wie zufrieden sind Sie mit der tschechischen Position gegenüber CHN? CZE war am Anfang bei dem EU-Vorschlag zur Überprüfung von verdächtigen chinesischen Investitionen in der EU zurückhaltend. Und der tschechische Präsident kritisiert nicht einmal ansatzweise chinesische staatliche oder halbstaatliche Unternehmen, vor deren Expansion in die strategischen Bereiche in Europa sich Ihre Regierungen stark fürchten.

CHI: CHN ist für uns alle ein sehr wichtiger Handelspartner. Gleichzeitig wollen wir, dass der gemeinsame Handel fair ist. Unsere Unternehmen sollten in CHN die gleichen Bedingungen haben, wie chinesische Unternehmen hier. Als Europäer haben wir ein großes Interesse am Schutz unseres Know-hows und unserer Sicherheit. Daran müssen wir zusammenarbeiten.

HN: Und haben Sie das Gefühl, dass CZE diesem Thema die gleiche Bedeutung beimisst wie DEU und FRA?

RG: Ich bin überzeugt, dass sich CZE der Notwendigkeit des erwähnten Vorschlags zur Prüfung von Investitionen aus Drittländern in strategisch wichtige Branchen bewusst geworden ist. Auf den ersten Blick entspricht das vielleicht nicht der traditionellen tschechischen Haltung, weil Sie es als einen Eingriff in die Privatwirtschaft begreifen könnten. Aber es ist zu sehen, dass CZE klar davon überzeugt ist, dass es ausgewogene Beziehungen mit CHN haben muss. Außerdem hat die EU gemeinsame Prinzipien für die Haltung gegenüber CHN beschlossen und CZE ist davon – im Unterschied zu anderen EU-Staaten – nie abgewichen.

HN: DEU und FRA schließen einen neuen bilateralen Vertrag, der an den Elysee-Vertrag von 1963 anschließen soll. Die Verhandlungen haben jedoch relativ lange gedauert – war es so schwierig, eine Einigung zu erreichen?

CHI: Ich war bei den Verhandlungen nicht dabei, aber sie haben nicht außerordentlich lange gedauert. In Bezug auf CZE sollte aber betont werden, dass DEU und FRA einen Fonds einrichten, der gemeinsame Begegnungen und die Zusammenarbeit ihrer Bürger erleichtern soll. Etwas ähnliches, den Zukunftsfonds, gibt es im Falle von DEU und CZE schon seit 20 Jahren und dieser Fonds wurde zur Inspiration für das aktuelle deutsch-französische Projekt. Für die deutsch-tschechischen Beziehungen könnte wiederum als Inspiration dienen, dass es zwischen DEU und FRA zwar eine Reihe von Differenzen gibt, aber wir uns immer bemühen sie zu überwinden. Bei Differenzen zu konkreten Themen stellen Deutsche und Franzosen nicht gleich ihre Beziehungen in ihrer Gesamtheit in Frage, z. B. mit Bezügen zur Vergangenheit. In den deutsch-tschechischen Beziehungen gilt dies manchmal leider nicht.

RG: Die Aushandlung des Elysee-Vertrags von 1963 dauerte fünf Jahre. Bei diesem neuen Vertrag etwa ein Jahr. Wir machen also Fortschritte. Der Elysee-Vertrag war ein Werk der FRA-DEU Versöhnung. Der neue Aachener Vertrag, der ihn ergänzt, spricht vor allem über die beiderseitige Konvergenz. Wir wollen die EU stärken. Wir können sie nicht ohne ausgezeichnete Beziehungen zwischen den Staaten ausbauen. Und im Gegenteil – die Staaten können keine ausgezeichnete Beziehungen haben, wenn sie sich nicht im gemeinsamen europäischen Rahmen bewegen. Das gilt auch für die Beziehungen zwischen FRA und CZE.